

Bericht an das Sozialdezernat - Frauenberatungsstelle Lörrach e.V.

Projekt akute häusliche Gewalt

Der Kreistag hat im November 2019 ein zweijähriges Projekt zur akuten häuslichen Gewalt mit einer 100% Stelle bewilligt, welches angesiedelt ist bei der Frauenberatungsstelle Lörrach e.V. In den Leistungsvereinbarungen findet sich die Forderung nach dem hier vorliegenden Projektbericht im April 2021 als Grundlage einer Verlängerung des Projekts.

Zunächst der **Bericht für 2020 in Zahlen**

Anzahl der Frauen	70
Anzahl der Beratungen	304
Anzahl der im Haushalt lebenden Kinder unter 18 Jahren	96
Laufende Beratung	15
Vorläufig abgeschlossene Beratung	26
Status der Beratung offen/unklar	29
Im Laufe der Beratung getrennt	40
Frauenhausaufenthalt	18
Polizeikontakt	32

Die Beratung von Frauen im akuten Gewaltfall bedarf neben der klassischen Beratung ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität, um in geringen Zeitabständen Beratung, Unterstützung und Begleitung auch zu externen Terminen (Polizei, Rechtsberatung, Gericht, Klinik etc.) anbieten zu können.

Ein Baustein der Projektarbeit ist der **Auftrag zur Vernetzung**.

Es wurden Kooperationsgespräche mit nahezu allen Polizeirevieren des Landkreises, insbesondere den Sachbearbeiter*innen für die häusliche Gewalt geführt. Die Rückmeldung der Polizei auf die Beratungstätigkeit der Frauenberatungsstelle war sehr positiv, da die Polizei lediglich einen Ermittlungs- aber keinen Beratungsauftrag erfüllt. Die multidisziplinäre Zusammenarbeit hat sich als sehr hilfreich für die Fallarbeit erwiesen. Als Anregung für die weitere Projektplanung wurde uns seitens der Polizei ein Herantreten an die Staatsanwaltschaft empfohlen. Dieser Schritt ist in Planung. Kooperationsgespräche mit dem Sozialen Dienst des Landkreises stehen an und sind im Hinblick auf die große Anzahl von Kindern (s.o.), die in gewaltgeprägten elterlichen Beziehungen aufwachsen zwingend notwendig. Insbesondere die Kollision von gemeinsamem Sorgerecht und Maßnahmen des Gewaltschutzes (Kontakt- und Annäherungsverbot des Täters) bergen hier ein großes Spannungsfeld. Die Zusammenarbeit mit dem Frauenhaus gestaltet sich positiv. Die Arbeit der Beratungsstelle greift insbesondere an der Stelle, wo Frauen zwar von Gewalt betroffen sind, sich einen Frauenhausaufenthalt aber nicht oder noch nicht vorstellen können. Die Gefährdungslagen unterscheiden sich indes nicht. Die Kooperation mit dem medizinischen Bereich geschieht noch punktuell sowohl seitens der Kliniken als auch seitens niedergelassener Ärzt*innen. Hier sehen wir noch Potential für eine tiefere strukturelle Verankerung der Zusammenarbeit. Auf einem sehr guten Weg sind wir hier im hinteren Wiesental durch eine Kooperation mit dem Gesundheitszentrum Todtnau. Das Projekt wurde in der Öffentlichkeit an entsprechender Stelle beworben (Zeitung, Radio) und es erfolgte eine Vernetzung auf Landesebene durch die Partizipation am Landesnetzwerk häusliche Gewalt.

Interpretation des Projektverlaufs in 2020

Wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen auch hat uns die COVID 19 Pandemie unsere ursprünglichen Ideen, Vorhaben und zeitlichen Planungen verändert. Insbesondere der

Kooperationsbereich gestaltete sich in der Praxis schwierig, so konnten bereits für März anberaumte Termine erst im Herbst stattfinden. Mit dem Lockdown gingen wir über in einen reinen Video- bzw. Telefonberatungsbetrieb und bauten unsere zeitlichen Erreichbarkeiten sehr aus. Gleichwohl waren die Beratungszahlen zunächst rückläufig, was sich mit zunehmender Öffnung ins genaue Gegenteil umkehrte. Ursprünglich gingen wir von zu beratenden 85 Frauen aus, rückwirkend kann man sagen, dass uns trotz COVID 70 Frauen erreichten. Im Vergleich zum Vorjahr 2019 stieg die Zahl der Frauen damit nicht enorm (von 62), allerdings hat sich die Anzahl der Beratungen mehr als verdoppelt (s.u.). Dies ist neben den prekären Verhältnissen während der Pandemie eine Wirkung der erhöhten Personalressource und zeigt einmal mehr, wie wichtig und unverzichtbar die Beratungsarbeit ist. Es zeigte sich in der Praxis, dass viele Frauen in erster Linie Beratung zu ihrer individuellen Lebenslage suchen und Lösungen ebenso individuell unterschiedlich aussehen. Die Spannweite geht von ad hoc Vermittlung ins Frauenhaus bis hin zu monatelanger Begleitung und Planung weiterer kleiner Schritte heraus aus der Gewaltbeziehung in ein selbstbestimmtes Leben.

Situation im Jahr 2021/Ausblick

In einer Zeit, in der das Thema häusliche Gewalt sehr präsent ist in der Öffentlichkeit und die Nachfrage nach Beratung vor Ort enorm ansteigt sehen wir uns mit Kürzungen der Stelle in diesem Bereich von 100% auf 70% konfrontiert. Die weitere Ausgestaltung des Projekts wie zum Beispiel die geplante Kooperation mit der Staatsanwaltschaft ist mit der aktuellen Reduktion und bei gleichzeitig steigender Nachfrage gefährdet.

Die Entwicklung der Fallzahlen zeichnet sich ab wie folgt:

	2019	2020	2021 bis 31.03.
Anzahl der Frauen	62	70	35
Anzahl der Beratungen	139	304	99

Um die Strukturen im Landkreis zu verbessern nehmen wir im Jahr 2021 teil an einem Modellprojekt des Sozialministeriums zur Schließung sogenannter weißer Flecken im ländlichen Raum. Seit Januar bieten wir mit einer 50% Stelle in Bad Bellingen und Todtnau Außensprechstunden an. Diese positive Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die durch den Kreistag gekürzten Stellenprozente in Lörrach schon jetzt dramatisch fehlen.

Wir befinden uns als Einrichtung durch den Projektstatus auf Kreis- und Landesebene in großer finanzieller Unsicherheit hinsichtlich der häuslichen Gewalt, welche die Planungssicherheit der Frauenberatungsstelle gefährdet. Die Frauenberatungsstelle ist die einzige Fachberatungsstelle zum Thema Gewalt gegen Frauen im Landkreis Lörrach. Es gibt keine andere Stelle, die dieses Beratungsangebot vorhält. Viele Frauen werden von anderen Einrichtungen, Ämtern, Ärzten, Ärztinnen oder der Polizei direkt an uns verwiesen. Es hat sich durch das Projekt akute häusliche Gewalt gezeigt, wie groß der Bedarf an Beratung ist. An dieser Stelle sei ausdrücklich auf die Zeitungsberichte der Polizei hingewiesen, die einen enormen Zuwachs an Fällen von häuslicher Gewalt im Landkreis benennen (Badische Zeitung 26.02. und 10.04.21).

Wir fordern in Anlehnung an unseren Projektantrag von 11/2019 weiterhin die Bewilligung von 200% Stellenprozent für den Bereich akute häusliche Gewalt. Die Kürzung von 100% auf 70% im Jahr 2021 bei den sich abzeichnenden Fallzahlen (s. o.) zeigt schon jetzt, dass wir den Anfragen nicht mehr zeitnah genug und bedarfsgerecht nachkommen können. Hier besteht schon jetzt eine dramatische und drastische Sicherheits- und Versorgungslücke für alle Frauen im Landkreis Lörrach.